



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Claudius Weise

Die Insel der Zufriedenen

Die Idee einer sogenannten Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, Grünen und FDP fasziniert seit der Bundestagswahl 2005 wenn nicht die Bevölkerung, so doch die Protagonisten des politischen Diskurses in Deutschland. Der Begriff selbst wurde rund zehn Jahre früher im rheinischen Dormagen geprägt, als dem Redaktionsleiter eines örtlichen Anzeigenblatts, der gerade einen Karibik-Urlaub vorbereitete, die Ähnlichkeit zwischen der jamaikanischen Flagge und der Farbkombination einer möglichen Koalition im Stadtrat auffiel, dessen Wahl 1994 anstand.¹ Aber erst 2005 verdrängte dieser Begriff den der »Schwarzen Ampel« oder »Schwampel«, der schon früher für dieselbe politische Konstellation erfunden worden war. Das war kein Zufall: »Schwampel« klingt nach einem widernatürlichen Hybrid, und als ein solches erschien die Verbindung von Christdemokraten und Grünen, solange jene noch von Helmut Kohl und diese von Alt-68ern angeführt wurden. Nachdem aber Angela Merkel durch politischen Vaternord an die Spitze ihrer Partei gelangt war und sie mit zäher Klugheit auf Modernisierungskurs gebracht hatte, erschien die Vorstellung eines solchen Bündnisses nicht mehr als abwegig, sondern als reizvolle, wenn auch ferne Perspektive. Dazu passte der Name der exotischen Karibikinsel viel besser.

Ebenso war es kein Zufall, dass dieser verheißungsvolle Begriff im Rheinland, der Herzkam-

mer der alten Bundesrepublik, erdacht wurde – und überdies von einem Mann, der heute als Unternehmenssprecher der Bayer AG in Leverkusen arbeitet. Wie der Politologe Franz Walter in seinem 2006 erschienenen Buch ›Träume von Jamaika‹ erläuterte, repräsentiert die Jamaika-Koalition die »Einheit des Bürgertums«, weil sie den »Bogen vom grünen Neubürgertum bis zum schwarz-gelben Altbürgertum« schlägt.² »In vielen bürgerlichen Familien«, erläuterte er, »mögen die Großeltern und in Teilen die Eltern die CDU oder FDP präferieren, die jungen oder auch mittelalten Erwachsenen mit den Grünen sympathisieren. Aber sie streiten nicht mehr antagonistisch darüber. Die Eltern begreifen die ökologischen Probleme der Klimaveränderung; die Kinder interessieren sich für den Dax und sind fröhliche Akteure der fähnchenschwenkenden Deutschlandliebhaberei. Im Bürgertum gibt es mittlerweile mehr gemeinsame Lebensbereiche, Habitusformen, Lebensstile zwischen Grün und Schwarz-Gelb als grüne Erfahrungsbrücken zur Alltagswelt der früheren sozialdemokratischen Kernwählerschaft und der heutigen Protestwählerschaft der Linkspartei in den Arbeiter- und Arbeitslosenquartieren bundesdeutscher Großstädte.«³

Walters damalige Diagnose ließe sich dahingehend erweitern, dass diese Koalition eine dezidiert westdeutsche ist. »Jamaika ist eine (westdeutsche) Insel« überschrieb ›Der Spiegel‹

eine Deutschlandkarte, die zeigte, wo Union, Grüne und FDP nach der letzten Bundestagswahl zusammen eine Mehrheit haben: nämlich fast ausschließlich auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik.⁴ Die FAZ wiederum sprach in ihrer Wahlanalyse von der »Koalition der Zufriedenen«⁵ – ein Begriff, den sich die neue SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles sogleich in polemischer Absicht zu eigen machte. So fügt das Bild sich zusammen: Die künftige Bundesregierung wird voraussichtlich jene vertreten, die mit dem Zustand unserer Gesellschaft weitgehend einverstanden sind, weil ihnen die eigene Existenz als gesichert erscheint. Nur diese dürften sich auch einen Urlaub auf jener schönen Insel leisten können, nach der das herrschende Parteienbündnis benannt sein wird.

Veraltetes Zukunftsmodell

Wenn eine Mehrheit der Bürger mit dem *status quo* zufrieden ist, dann ist es selbstverständlich legitim, dass eine entsprechende Regierung gewählt wird. Ausgerechnet an einer Stelle, wo Walter sich vor über zehn Jahren geirrt hat, verweist er aber auf die Wurzel eines Problems, das der Jamaika-Koalition zu schaffen machen dürfte. Walter glaubte nämlich, dass diese schon »nach Ablauf der großkoalitionären Episode in, sagen wir: drei Jahren das wahrscheinliche politische Zukunftsmodell«⁶ sei. Doch dazu kam es nicht, weil die politischen Protagonisten im alten Lagerdenken verhaftet waren und der Wahlkampf des Jahres 2009 folglich davon geprägt war, dass alle Parteien bestimmte Bündnisse ausschlossen – darunter auch die Jamaika-Koalition, der die Grünen auf Druck ihres linken Flügels eine Absage erteilten. Das Wahlergebnis ermöglichte es dann, dass Merkel und ihr Duzfreund Guido Westerwelle jene schwarz-gelbe Koalition nachholten, die ihnen vier Jahre vorher verwehrt geblieben war. Inzwischen hatte aber die Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2007 gezeigt, dass der Neoliberalismus nicht mehr in jener reinen Form umgesetzt werden konnte, die Merkel und Westerwelle damals vertreten hatten, und die Kanzlerin setzte den seither eingeschlagenen

Kurs der schleichenden Sozialdemokratisierung ihrer Politik stillschweigend fort – sehr zum Schaden der FDP, die ihren Wählern gerade das Gegenteil versprochen hatte. Unfähig, gemeinsam eine neue Reformidee zu entwickeln, kam so eine Regierung an die Macht, deren Zeit eigentlich schon vorbei war

Vier Jahre später fehlte dann nicht die Notwendigkeit, eine Jamaika-Koalition zu bilden, sondern bereits die Möglichkeit, weil die blamierte FDP um fast 10 Prozent abstürzte und den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte. Die SPD wiederum ergriff nicht die Gelegenheit, eine rot-rot-grüne Regierung zu bilden, weil sie immer noch dem – von den Leitmedien als unverrückbares Dogma verkündeten – Irrtum anhing, sie dürfe die gesellschaftliche »Mitte« nicht verlieren, der sie angeblich ihre Wahlerfolge in den Jahren 1972 und 1998 verdankte. »Dagegen«, so Walter, »erzielte die SPD 1972 bei den Arbeitern einen elektoralen Erfolg wie nie zuvor. Sie war dadurch erstmals wirklich Partei der Arbeiter – und erreichte so die Dimension der großen, regierungsführenden Volkspartei. Schröder hatte, 26 Jahre später, seinen Schub ins Kanzleramt ebenfalls geringverdienenden Arbeitern, die zuvor oft den Urnen ganz ferngeblieben waren, zu verdanken.«⁷ Eine Linkskoalition wäre natürlich nur um den Preis einer deutlichen Korrektur der »Agenda 2010« zu haben gewesen, die aber genau jenen Bevölkerungsschichten zugute gekommen wäre, deren Unterstützung die SPD dringend bedarf. In diesem Fall hätte die CDU in der Opposition ihr konservatives Profil schärfen und wahrscheinlich den Einzug der AfD bei der jetzigen Wahl verhindern können.

Gerade der Erfolg der AfD zeigt nun, dass die Jamaika-Koalition erst zu einem Zeitpunkt zustande kommt, an dem sie ihre gesellschaftliche Berechtigung fast schon verloren hat. 2009 oder 2013 hätte sie noch für Erneuerung stehen können, für eine erfrischende Abkehr vom üblichen Lagerdenken, zumal sie für das inoffizielle Programm der Ära Merkel – das Erbe Gerhard Schröders zu verwalten – keineswegs schlechter geeignet gewesen wäre. Jetzt aber, wo die Problematik dieses Erbes immer deut-

licher zutage tritt, stellt sich die Frage, wie eine westdeutsch geprägte, bürgerliche Koalition der Zufriedenen eine angemessene Antwort auf die brennenden Probleme in Ostdeutschland formulieren, die entwürdigende Lage der Armen und von Armut Bedrohten verbessern und der wachsenden Unzufriedenheit Herr werden soll. Hier liegen die eigentlichen Herausforderungen der näheren Zukunft – nicht in der lautstark diskutierten Flüchtlingspolitik, zu der Wolfgang Bosbach, der populäre CDU-Rechtsaußen, treffend bemerkte, man werde im Koalitionsvertrag »eine Formulierung von ergreifender Schönheit finden und Horst Seehofer wird sagen, das ist die Obergrenze«.⁸ Wahrscheinlich wird ein halbwegs vernünftiges Einwanderungsgesetz die einzige historische Leistung dieser Koalition bilden, zusammen mit einer halbherzigen Steuerreform, die den sogenannten »Mittelstandsbauch« etwas abschmilzt.

Unsichere Aussichten

Die SPD steht unterdessen vor der Aufgabe, sich nach dem Vorbild erfolgreicher Linkspopulisten wie Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien – die bis vor kurzem als sozialistische Dinosaurier gehandelt wurden, die man nicht ernst nehmen könne – neu zu erfinden. Sonst wird sie, wie so viele ihrer europäischen Schwesterparteien, in der Bedeutungslosigkeit versinken, während Linke und AfD endgültig zur Zuflucht der Unzufriedenen werden, was die Bildung von Regierungsbündnissen jenseits der Großen Koalition erheblich erschweren würde. Insofern ist der Gang in die Opposition, den die SPD noch am Wahlabend einschlug, der richtige Schritt. Sie wird die Linkskoalition, zu der ihr 2013 der Mut fehlte, so zum Zukunftsprojekt machen müssen, wie früher Rot-Grün. Doch es ist fraglich, ob ihr viel Zeit dafür bleibt, denn die Autorität der Kanzlerin ist zu geschwächt, um das bürgerliche Zweckbündnis auch dann zusammenzuhalten, wenn die Fliehkräfte zunehmen.

Dabei dürften weniger die Grünen das Problem bilden, als CSU und FDP, die beide ängstlich auf Profilierung bedacht sein werden, weil sie

spüren, dass mit dem nahenden Ende des neoliberalen Paradigmas auch für sie eine Neuorientierung ansteht. Die CSU kann ihren Anspruch, die letzte echte Volkspartei zu sein, nur durch die Übernahme rechtspopulistischer Positionen verteidigen, und die FDP scheint ihrer stets auf den eigenen Vorteil bedachten Klientel zuliebe einen nationalliberalen Kurs einzuschlagen, was in der Außen- und insbesondere in der Europapolitik bereits zu Spannungen führt. Emmanuel Macron, der – auch ein Verspäteter – in Frankreich die Reformen Gerhard Schröders nachzuahmen versucht und gleichzeitig eine vertiefte europäische Integration anstrebt, dürfte deshalb in der kommenden Bundesregierung einen Partner haben, der in Europa dasselbe tun wird wie zuhause, nämlich die Interessen derer vertreten, denen es bereits gut geht.

Freilich ist dieser Wohlstand so trügerisch wie die Vorstellung eines tropischen Paradieses, in dem ewig die Sonne scheint und sich alle Probleme in Wohlgefallen auflösen wie Eiswürfel in einem Glas Bacardi. Solange die Party noch läuft, wird die Jamaika-Koalition ein geeigneter Gastgeber sein. Wenn aber ein Sturm aufzieht, wird sie dem hilflos gegenüberstehen. Denn die in ihr vereinten bürgerlichen Schichten sind ideell entleert und von den aufbauenden Kräften des sozialen Lebens abgeschnitten.

1 <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/bundestagswahl-2017-was-ist-eine-jamaika-koalition-und-woher-kommt-der-begriff-aid-1.7104436>

2 Franz Walter: ›Träume von Jamaika – Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert‹, Köln 2006, S. 49.

3 A.a.O., S. 202.

4 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-wo-eine-jamaika-koalition-eine-mehrheit-hat-und-wo-nicht-a-1168632.html>

5 <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/f-a-z-wahlanalyse-merkel-und-die-koalition-der-zufriedenen-15206260.html>

6 Franz Walter: ›Träume von Jamaika ...‹, S. 242.

7 A.a.O., S. 49.

8 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-und-angela-merkel-ring-en-um-obergrenze-kompromiss-a-1171400.html>